Nr. 96 XXVIII. Jahrgang

Sonntag, 11. April 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Redaktion und Hauptgeschäftsstelle Ferdinandstraße 4
Fernsprecher: 13528, 13638, 13897, 17109. Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2066. Telegr.-Adr.: Neueste Dresden

Anzeigenpreise
Grundpreis, 22 mm breit, M. 1.50, für das Ausland M. 2.—; Reklamezeile, 81 mm breit, M. 5.—, mit Platzvorschrift M. 6.—, für das Ausland M. 20.—. Bei Ziffern- oder Nachlaß 50 v. H. Preisermäßigung. Briefgebühr für Nachlaßanzeigen 20 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise
Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 4.20, vierteljährlich M. 12.75. Bestellung in Deutschland: Monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25, ohne Postbestellgebühr. Bestellung im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 1.50, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.—. Preis für die Einzelnummer 20 Pf.

Appell an den Völkerbund?

Das nationalistische „Echo de Paris" teilt mit, der Vorsitzende der deutschen Friedensvertretung, Unterstaatssekretär Goeppert, habe eine Abschrift der deutschen Protest-Note an den Generalsekretär des Völkerbundes gesandt. Es ist nicht recht ersichtlich, warum die deutsche Presse erst durch ein Pariser Blatt über diesen Vorgang unterrichtet werden muß. Mindestens hätte dies von Berlin aus rechtzeitig geschehen können, da doch die Ueberreichung der Note auf Anordnung der Wilhelmstraße erfolgt ist. Mit dieser Ueberreichung ist der Völkerbund offiziell zur Entscheidung in der Streitfrage zwischen Deutschland und Frankreich angerufen worden. Allerdings kann Deutschland nicht von sich aus eine Entscheidung beantragen, es muß vielmehr, da es noch nicht Mitglied des Völkerbundes ist, gemäß Artikel 17 des Friedensvertrages erst aufgefordert werden, zur Beilegung des Streitfalles sich den Verpflichtungen zu unterziehen, die den Bundesmitgliedern obliegen. Der Artikel 17 des dem Friedensvertrag vorangestellten Völkerbundvertrages, der hiermit seine Feuerprobe bestehen muß, lautet:

Bei Streitigkeiten zwischen einem Mitgliede des Bundes und einem Nichtmitglied oder zwischen Staaten, die nicht Mitglieder sind, werden der Staat oder die Staaten, die nicht Mitglieder des Bundes sind, aufgefordert, sich für die Beilegung der Streitfrage den den Bundesmitgliedern auferlegten Verpflichtungen zu unterwerfen, und zwar unter den Bedingungen, die der Rat für gerecht hält. Wird dieser Aufforderung nachgekommen, so sind die Bestimmungen der Artikel 12 bis 16 unter Vorbehalt der Aenderungen anwendbar, die der Rat für erforderlich erachtet.

Sofort nach Absendung dieser Aufforderung eröffnet der Rat eine Untersuchung über die Streitumstände, und schlägt die Schritte vor, die er in dem betreffenden Falle für die besten und wirksamsten hält.

Lehnt der so aufgeforderte Staat es ab, die Verpflichtungen eines Bundesmitgliedes für die Beilegung der Streitfrage auf sich zu nehmen, und schreitet er gegen einen Mitgliedsstaat des Bundes zum Kriege, so finden die Bestimmungen des Artikels 16 auf ihn Anwendung. (Abbruch der Handels-, Finanz- und aller diplomatischen Beziehungen, eventuell Einschreiten mit militärischer Gewalt, oder Ausschließung des vertragsbrüchigen Staates aus dem Völkerbund.)

Weigern sich die beiden Parteien auf die Aufforderung hin, die Verpflichtungen eines Bundesmitgliedes für die Beilegung der Streitfrage zu übernehmen, so kann der Rat jeden Schritt unternehmen und jeden Vorschlag machen, die zur Vermeidung von Feindseligkeiten und zur Schlichtung des Streites geeignet sind.

Deutschland hat von sich aus getan, was notwendig ist, um den Artikel 17 des Versailler Friedensvertrages in Wirksamkeit treten zu lassen, indem es dem Generalsekretär Mitteilung von dem Streitfall machte. Dieser hat nun alle Maßnahmen zur Untersuchung und Prüfung zu treffen. Es ist Sache des Rates, die Streitfrage zu regeln. Er kann ein schiedsgerichtliches Verfahren erzwingen, dessen Urteil sich die Beteiligten unterwerfen müssen. Das Schiedsgericht unterliegt der Wahl der Parteien, da es in diesem Falle durch frühere Verträge noch nicht festgesetzt ist. Ob der Verlauf der Dinge so sein wird, läßt sich natürlich noch nicht mit Sicherheit sagen. Artikel 17 des Friedensvertrages enthält die Klausel, daß der Oberste Rat die Zustimmungsbedingungen für Nichtmitglieder zu bestimmen habe. Es kann nun angenommen werden, daß diese Bedingungen für Deutschland bereits gestellt worden sind, weil Deutschland durch Uebersendung der Note an den Generalsekretär tatsächlich in das Verfahren eingetreten ist. Nun hat der Rat zu entscheiden. Wenn es sich nur um Rechts- oder Tatfragen handelt, könnte diese Entscheidung nicht zweifelhaft sein. Frankreichs Verfahren ist aber ein Bruch des Völkerrechts.

Es war von sich aus nicht befugt, ohne Verständigung und Zustimmung seiner Verbündeten Zwangsmaßregeln zu ergreifen. Solche Zwangsmaßregeln waren und sind unter allen Umständen von rechtlichen und tatsächlichen Voraussetzungen abhängig. Deutschland mußte sich einer Verletzung der Vertragsbedingungen schuldig gemacht haben, und dieses Verschulden mußte klar erweislich sein. Immer wieder muß wiederholt werden, daß der französische Befehlshaber gar nichts dazu getan hat, um sich über die Stichhaltigkeit der Deutschland gemachten Vorwürfe zu unterrichten. Wer sind eigentlich die Männer, deren sich die Franzosen bedienen? Sie sind offenbar nicht weit von unsern Linksradikalen zu finden. Wie es denn schon festgestellt worden ist, daß in Berlin internationale Journalisten bolschewistischer Gesinnung hinreichend verdächtig sind, zu den Vertrauensmännern des Vielverbandes zu gehören. Nun haben die französischen Befehlshaber nicht von sich aus, sondern wohl auf Weisung von Paris aus gehandelt. Aber die Kundgebungen Degouttes lassen in ihrer bestimmten Form doch darauf schließen, daß er auf tendenziöse bolschewistische Schwindelnachrichten hereingefallen ist.

Die Entscheidung des Rates kann nach alledem nur gegen Frankreich ausfallen. Aber es ist doch zu befürchten, daß nicht nur rechtliche, sondern auch politische Gründe bei der Entscheidung mitwirken. Der Völkerbund ist seiner ganzen Zusammensetzung nach ein Instrument der Politik und nicht des Völkerrechts. Wenn auch England einstweilen sein Mißfallen über die Eigenmächtigkeiten Millerands ausgesprochen hat, so muß auf Grund tatsächlicher bisheriger Erfahrungen abgewartet werden, ob sich dieses Mißfallen schließlich zu einer Rechtfindung und in der Auswirkung zu einer politischen Tat steigert. Ein solcher, uns immerhin — man kann es nicht oft genug betonen — unwahrscheinlich erscheinender Erfolg wäre gleichbedeutend mit einer erheblichen Lockerung, wenn nicht gar Lösung der „Entente cordiale". Wir bezweifeln, daß dieser Zersetzungsprozeß schon so weit gediehen ist, daß er aber sich schon allenthalben bemerkbar macht, zeigt die übertriebene Furcht Frankreichs vor einer Isolierung und auch so mancher Kommentar der Zeitereignisse in neutralen Blättern. So schreibt z. B. der Amsterdamer „Telegraaf" in einem aus Paris datierten Artikel über Frankreich und seine Bundesgenossen, die Krise habe jetzt mit dem Vorgehen Frankreichs gegen Deutschland den Höhepunkt erreicht. Der Abrückelungsprozeß, den Clemenceau solange habe verhindern können, mache jetzt schnelle Fortschritte. Der zwischen den früheren Bundesgenossen aufgetretene Gegensatz sei der erste große Erfolg, den Deutschland seit dem Kriege auf politischem Gebiete davongetragen habe.

Und noch bezeichnender für die Zerfallserscheinungen in der Entente ist folgende beachtenswerte Ausführung aus einer englischen Zeitschrift, über die uns unser ⊙-Mitarbeiter aus dem Haag meldet: „In der ersten Aprilnummer der „Fortnightly Review" nimmt der Publizist Usher gegen die französische Außenpolitik in sehr heftigen Ausdrücken Stellung. Usher erhebt gegen die Pariser Regierung den Vorwurf, daß sie es nicht allein auf die militärische, sondern auch auf die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands abgesehen habe. Dieses Streben werde England niemals gutheißen. Die englische Politik richte sich auf eine Festigung der inneren Lage in Deutschland. Je mehr Frankreich seinem verwerflichen Ziele zustrebe, desto weiter entferne es sich von dem Wollen Englands."

Dies alles aber darf Deutschland nicht beeinflussen in seiner Haltung zu dem Rechtsbruch der Franzosen. Wir dürfen daran keine besonderen Hoffnungen knüpfen. Für uns gilt es jetzt nur, unbeirrbar unser Recht zu verfolgen. Ob sich die deutsche Diplomatie bei der Vorbereitung des Einmarsches der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet mehr oder weniger geschickt benommen hat, ist eine untergeordnete Frage. Frankreich war in der Lage, zu prüfen, daß die verwendeten Truppen zahlenmäßig die vertraglich festgesetzte Grenze nicht überschritten. Es hat dies nicht getan, sondern hat einfach seine Divisionen nach Frankfurt und Darmstadt gesagt. Der Friedensvertrag bindet aber nicht nur den einen, sondern auch den andern Teil. Der Völkerbund wird trotz seines Rumpfcharakters nunmehr den Beweis anzutreten haben, daß er das Recht aller Völker wahren und schützen will. Erweist er sich aber nur als eine politische Vollstreckungsbehörde des Vielverbandes, so spricht er sich selbst das Urteil.

*

Haftbarmachung der französischen Regierung

Der französischen Regierung ist, wie das Wolff-Bureau meldet, folgende deutsche Note überreicht worden:

Die durch den Friedensvertrag nicht gerechtfertigte und vorher nicht angekündigte Besetzung deutscher Gebiete hat zu zahlreichen Zwischenfällen geführt. Dabei hat u. a. eine Reihe Deutscher den Tod erlitten. Eine größere Anzahl ist verwundet worden. Unter Wahrung aller weiteren Ansprüche, die der deutschen Regierung aus dem französischen Vorgehen erwachsen, erklärt sie schon jetzt, daß sie die französische Regierung jedenfalls für alle Schäden haftbar macht, die Deutschen durch die jüngsten Vorkommnisse entstanden sind oder noch entstehen. Eine weitere Mitteilung behält sich die deutsche Regierung bis nach Prüfung der Einzelfälle vor.

*

Eine schwere Enttäuschung für Frankreich

Der Sonderberichterstatter des „Matin" in London meldet nach einem Wolff-Telegramm: Man wird gewiß in Frankreich sehr überrascht darüber sein, erfahren zu müssen, daß die britische Regierung jeder Erwartung zuwider heute nach Abhaltung von zwei Kabinettssitzungen beschlossen hat, gegen die französische Aktion in Deutschland Einspruch zu erheben. Diese Neuigkeit wird unsre britischen Freunde, die in ihrer Mehrzahl uns seit zwei Tagen dauernd ihre Unterstützung versichert haben, ebenso überraschen wie uns selbst. Eine Note offiziösen Charakters, die heute durch eine Agentur veröffentlicht wird, besagt:

„Der Eindruck, der hier verbreitet war und durch die in Frankreich abgegebenen Erklärungen bestätigt wurde, daß die alliierten und assoziierten Regierungen, nämlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien und Belgien, mit der französischen Regierung vollständig einig seien, ist gänzlich irrig. Die Wahrheit ist, daß die alliierten und assoziierten Regierungen der Politik eines Einrückens in die neutrale Zone immer entgegen gewesen sind. Es macht den Eindruck, daß die französische Regierung aus Gründen, die ihr gut scheinen, dieses Einrücken aus eigener Initiative vorgenommen hat, ohne die Zustimmung der Verbündeten abzuwarten. Die Stellung der englischen Regierung zu dem Problem der sozialen Unruhen ist die, daß es allein eine Angelegenheit derjenigen Regierung ist, die jetzt nach Wiederherstellung des Friedens das deutsche Volk vertritt und die die Alliierten nichts angeht, da die Ereignisse sich außerhalb der Zone vollziehen, für die sie verantwortlich sind."

Der Berichterstatter sagt dann dazu, die offizielle Protestnote werde am 9. d. M. durch Lord Derby an Millerand übergeben werden. Lloyd George, der gestern abend nach London zurückkehrte, empfing heute früh in Downingstreet den französischen Botschafter und hatte eine lange Unterredung mit ihm. Lloyd George werde am 9. April in Boulogne verschiedener Persönlichkeiten nach Paris reisen. Die britische Regierung habe Cambon benachrichtigt, daß sie die Frage der französischen Intervention in Deutschland nicht in derselben Weise wie die französische Regierung ansehe.

*

Ein alter Wunsch

Ein besonderer Berichterstatter des „Daily News" erfährt, daß der schon seit Beginn der Friedenskonferenz gehegte Wunsch der von Foch geführten französischen Militärpartei, einen größeren Teil deutschen Gebietes zu besetzen, auf einer der letzten Sitzungen des Obersten Rates wieder vorgebracht wurde, jedoch am Widerstande Englands und Italiens gescheitert sei.

Man sucht nach neuen Gründen

⊙ Rotterdam, 10. April. (Eig. Drahtbericht.) Reuter meldet aus Paris: Die Antwort-Note an Deutschland geht erst in der kommenden Woche ab. Die deutschen Einwände werden voraussichtlich für nicht stichhaltig befunden werden, da den alliierten Kabinetten die Berichte der Ueberwachungskommission über die nach dem Ruhr-Gebiet entsandte Truppenmacht vorliegen. Die Alliierten sind einig in der Verurteilung der langsamen Erfüllung der Verpflichtungen des Versailler Friedensvertrages durch Deutschland.

⊙ Genf, 10. April. (Eigener D.-Bericht.) Im Ausschuß der Kammer gab Millerand zur Besetzung Frankfurts und Hanaus eine Erklärung ab. Darin führte er u. a. aus, daß er sich außerstande fühle, bereits jetzt einen Termin für die Aufhebung der Besetzung anzugeben, da diese nicht mehr von der Zurücknahme der deutschen Truppen aus dem Ruhr-Revier allein abhängig sein könne.

*

Nur eine freundschaftliche Ermahnung?

⊙ Genf, 10. April. (Eig. Drahtbericht.) Havas sah am Freitag vormittag eine Note aus über den englischen Schritt in Paris. Danach sei kein Einspruch Englands gegen die Besetzung Frankfurts und Hanaus erfolgt, sondern lediglich eine freundschaftliche Vorstellung Lloyd Georges bei Millerand. Die Besetzung Frankfurts und Darmstadts bleibt bestehen. — Der „Temps" meldet, auf Ersuchen Lloyd Georges wurde die Frage der Besetzung der neutralen Zone auf die Tagesordnung der alliierten Konferenz, die am 19. April in San Remo stattfindet, gesetzt.

× Paris, 9. April. Heute vormittag fand ein Ministerrat unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten Millerand statt. Dieser unterrichtete seine Kollegen über die Lage in Deutschland und über die Verbalnote der englischen Regierung über die Besetzung der rechtsrheinischen Städte. Da die offizielle Note der englischen Regierung noch nicht in Paris eingetroffen war, hat sich der Ministerrat auf den späten Nachmittag vertagt.

*

Weitere Ausdehnung der Besetzung

⊙ Mainz, 10. April. (Eig. Drahtbericht.) Die französischen Truppen rücken von Frankfurt nach Norden vor. Bilbel ist gestern von den Franzosen besetzt worden. In Ulingen ist gestern eine Abteilung französischer Quartiermacher eingetroffen. — Ueber Hanau ist die französische Truppe bis Groß-Steinheim vorgedrungen, das gleichfalls besetzt wurde.

*

Der Verkehr mit Frankfurt

⊙ Kassel, 10. April. (Eigener Drahtbericht.) Aus Frankfurt wird indirekt gemeldet: Der Verkehr mit dem unbesetzten Deutschland wird, nach einer Mitteilung der Militärbehörde an den Oberbürgermeister in nächster Zeit wiedergelassen. — Nach Feststellung der deutschen und französischen Behörden beträgt die Zahl der Opfer bei den Zusammenstößen vier Tote und 18 Schwerverwundete. Alle andern Meldungen über eine größere Anzahl von Toten und Verletzten halten die französischen Behörden für falsch.

Der neue Außenminister

Das Amt des Reichsministers des Aeußern, das Reichskanzler Müller vorläufig noch mitverwaltete, ist Dr. Adolf Köster, dem bisherigen preußischen Gesandten in Hamburg und Reichskommissar für Schleswig-Holstein, übertragen worden. Köster ist Sozialdemokrat, er war früher Privatdozent an der Technischen Hochschule in München, widmete sich aber bald ganz der schriftstellerischen Arbeit. Als politischer Schriftsteller, auch als Novellist, machte er sich einen geachteten Namen. Er war Mitarbeiter des „Vorwärts" und später Sekretär Kurt Baakes, des Chefs der Reichskanzlei. Im April 1919 wurde er auf den Hamburger Gesandtenposten berufen. Köster ist 57 Jahre alt.

*

Als nach dem Rücktritt des Grafen Brockdorff-Rantzau, der sich geweigert hatte, den Versailler Vertrag zu unterzeichnen, Hermann Müller in die Bresche sprang und unter der Verantwortung des Reichskanzlers Bauer und mit Assistenz des damaligen Reichsverkehrsministers Bell das Odium der Unterzeichnung auf sich nahm, haben nicht sehr viele geglaubt, daß Müller besondere Eigenschaften für die Leitung des auswärtigen Dienstes mitbringe. Trotzdem hat der durch die Umstürze zum höchsten Reichsposten hinaufgetragene Verweser des außenpolitischen Amtes seinen vielfachen Wünschen entsprechend die Obliegenheiten seines Provisoriums auf eine frische Kraft zu übertragen und sich als Reichskanzler zu entlasten. Es wird sicher viele Deutsche geben, die der Ansicht sind, daß ein Experiment mit nicht sachlich vorgebildeten Staatsmännern ein Fehlschlag sein müsse. In allen Kreisen, die sich vom Kopf des Vorurteils freigemacht haben, wird man erkennen, daß eine Persönlichkeit immer noch mehr gilt als ein Name, der vom Ruhm der Vorfahren zehrt. Immerhin wartet des neuen Mannes eine Aufgabe von ungeheurer Verantwortung. Denn es bleibt die Frage offen, ob er den Mangel an Erfahrung und Form im internationalen politischen Geschäft zu ersetzen vermag.

Die dunklen Tage des Reiches, die sich nicht allein auf die verfahrene Lage im Innern beschränken, sondern in hervorragendem Maße auch unsre Beziehungen zum Ausland beschatten, bedürfen eines ganzen Mannes. Im Augenblick, wo die Verwicklungen mit Frankreich einerseits und die Trübung der Beziehungen zu den Alliierten anderseits eine besonders aufmerksame und weitschauende Behandlung der Dinge verlangen, würde eine schlappe, der Kuchelonie der Dinge ermangelnde Geschäftsführung unermeßlichen Schaden anrichten. Es darf nichts versäumt, nichts voreilig angegriffen, und es muß zur richtigen Stunde fest entschlossen und fest zugepackt werden. Nirgends ändert sich das Bild so schnell und nirgends kann ein Fehler auf lange Jahre hinaus das Schicksal eines Volkes nachhaltiger beeinflussen, wie auf der Weltbühne.

Ostpreußen in Gefahr

Englands heimliche Wühlarbeit

Von unserm Sonderberichterstatter

Allenstein, Anfang April

Vor kurzem erschien in einem Elbinger Blatt ein „Eingesandt", in dem darauf hingewiesen wurde, daß die englische Besatzung im ostpreußischen Abstimmungsgebiet die Bevölkerung zur Abstimmung für Polen dadurch zu gewinnen suche, daß sie versichere, daß England das Gebiet niemals den unfähigen Polen überlassen, sondern dafür sorgen werde, daß es ihm zufalle. Die großen Vorteile eines Anschlusses an England versäumt man natürlich auch nicht, in den glänzendsten Farben zu schildern . . . Diese Bemühungen lassen zwar noch keinen Erfolg erkennen, sondern begegnen in weiten Kreisen der Ablehnung, aber immerhin: einige Wirkung ist nicht zu verkennen. Hier gilt es, durch rechtzeitiges Aufdecken der englischen Machenschaften entgegenzutreten. Erst wenn die Provinz und das Reich sich der unleugbaren Absichten Englands auf dieses wertvolle deutsche Land bewußt sind, wird die Gefährlichkeit der englischen Wühlarbeit richtig eingeschätzt werden.

Die Abschnürung der deutschen Ostprovinz vom Reiche durch den polnischen Korridor ist zweifellos nicht zugunsten Polens geschehen. Polen sollte nur den Prügelknaben darstellen, auf den sich der Zorn des immer noch gefürchteten deutschen Volkes entlud, während ein Mächtigerer eine reife Frucht einzuheimsen sucht. England hat die Provinz bereits eingekreist. Im Westen liegt es in Danzig auf der Lauer, im Nordosten wacht es in Memel. Man darf sich dabei durch die Firmen „Freistaat" und „Litauen" nicht täuschen lassen. Schon der Name Reginald Tower, dessen Träger in Danzig residiert, sagt alles; diesem kalten Rechner, der es während des Krieges vortrefflich verstanden hat, das weit vom Schuß liegende Argentinien den englischen Interessen dienstbar zu machen, wird die Anglisierung des gänzlich ohnmächtigen Schattenstaates Danzig keine Schwierigkeiten bereiten. In Memel sitzt im Namen des Völkerbundes vorläufig noch ein französischer Offizier. Wer die Verhältnisse kennt, weiß aber, daß die gesamte baltische Küste tatsächlich bereits von England beherrscht wird.

In Danzig sind in den letzten Wochen eine Anzahl interessanter Grundstücksverkäufe abgeschlossen worden. Danzigs größtes Hotel, der „Danziger Hof", ist in britischen Besitz übergegangen. Vor Wochen kaufte die Olympia-Gesellschaft das Hotel für drei Millionen Mark. Jetzt hat eine englische Großbankfirma, die British Trade Corporation, das Hotel für vier Millionen Mark erworben. Das Hotel und die Restaurationsräumlichkeiten bleiben bestehen. In dem früherem Kolonialsaal wird zu ebener Erde die British Trade Corporation ihre Bankbureaus einrichten. Ebenfalls von einem englischen Konsortium ist der Häuserblock der Passage für den Preis von acht Millionen Mark aufgekauft worden. Auch in Memel finden wir Geschäftsgründungen mit englischem Kapital. Kurz, diese beiden wichtigen Hafenplätze sind, verschleiert zwar, aber um so sicherer, in britischer Hand.

Die polnischen Ansprüche auf den Danziger Hafen wirken geradezu lächerlich, denn England wird dieses kostbare Objekt niemals einem Mitläufer ausliefern. Man scheint diese Tatsache in den maßgebenden polnischen Kreisen auch bereits einzusehen, denn die Stimmen mehren sich, die statt des unerreichbaren Danziger einen andern Hafen verlangen. Es wird jetzt eifrig für Putzig Stimmung gemacht, das zwar nicht mehr an der eigentlichen Danziger Bucht liegt, sondern an einem Gewässer, das durch eine hohe Barre von dem westlichen Teil der Bucht, dem sogenannten Putziger Wiek, abgeschlossen ist. Für Polen würde dieser Hafen völlig genügen. Der Bau würde, der ungünstigen Verhältnisse wegen, jedoch Summen verschlingen, die es kaum aufbringen kann. England kann also ruhig sein! Die Ein- und Ausfuhr Polens geht über Danzig — die Briten können den Rahm abschöpfen! Die gleichen Verhältnisse zeigen sich in Memel, wo die Aus- und Einfuhr Litauens ebenfalls durch englische Hände gehen muß.

Den ungeheuren Holzreichtum des südlichen Ostpreußens, den England natürlich schon vorher kannte, hat seine Besatzung nun auch durch den Augenschein kennengelernt, was seine Begehrlichkeit nicht minderte. Da die britische Insel im wesentlichen nur Weidefläche hat, wäre eine Ergänzung durch Holzland höchst willkommen, um so mehr, wenn sie nicht in Ueberfee zu holen ist. Das erste, was die Ententekommission denn auch tat, waren Autofahrten in die masurischen Wälder, wo sie sich in den Oberförstereien über alles Wissenswerte aufs genaueste unterrichtete. Eine Sache aber, an der England Interesse nimmt, wird es auch zu erlangen suchen, und in den Mitteln ist es bekanntlich weder ängstlich noch knauserig. Den Polen wird es diese südostpreußischen — übrigens auch eine ganze Reihe unausgebeuteter Braunkohlenlager enthaltenden — reichen, bisher in Deutschland sehr verkannten Gebiete gewiß nicht gönnen. Dann mag noch eher Deutschland der Besitzer bleiben, das als Ausfuhrhafen ja nur die Wahl hat zwischen Danzig und Memel, wo England de facto bereits sitzt, und zwischen Königsberg, dessen Besitz es anstrebt! Der Ring: Baltikum, Memel, Danzig muß geschlossen werden, und er wird geschlossen, wenn Königsberg in englischer Hand ist — die Form sei, welche sie wolle. Ist Königsberg erst britisch, dann mag das Hinterland dem Namen nach ruhig deutsch bleiben, sämtliche Aus- und Einfuhr geht durch die Kontrolle Englands, für die es schon den richtigen Preis festsetzen wird.

Besonders aktuell wird diese Frage für das Britenreich durch den Plan der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen und des Verkehrs mit Sowjetrußland. Hierbei spielt Ostpreußen eine ganz erhebliche Rolle, sowohl auf dem Land- wie auf dem Seewege.

Der wichtigste Schienenweg von Deutschland nach Rußland ist die Strecke Königsberg—Eydtkuhnen—Dünaburg—Petersburg. Eine Wiederaufnahme des Verkehrs auf dieser Strecke wäre schon heute möglich, da die Bahn unter Umgehung von Wilna lediglich durch ostpreußisches und litauisches Gebiet nach Dünaburg geleitet werden kann. Königsberg stellt also für die Landverbindung mit Sowjetrußland einen hervorragend wichtigen Punkt dar, nicht minder als Umschlagplatz für die Seeverbindung aus Westeuropa, für welche England ja auch noch die Kontrolle über die andern baltischen Häfen zur Verfügung steht. Durch den Handelsaustausch mit Rußland müßte also Ost-

SLUB
Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19200411/1